

Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses
Energiegesetz
NEIN**

+3'200 Fr.
Mehrkosten/Jahr
pro Familie

Energiewende Deutschland: Die Kosten laufen völlig aus dem Ruder

Referat von Alt-Ständerätin Vreni Spoerry, Horgen (ZH)

Die Vorlage über die Energiestrategie 2050 (ES 2050) ist für unser Land eine der einschneidendsten und weitreichendsten seit langem. Aus diesem Grund muss sie breit diskutiert und vom Volk mitgetragen werden. **Deshalb ist das Referendum unerlässlich.**

1. Die Situation in Deutschland

Deutschland zeigt, dass die dort eingeleitete Energiewende enorme Kosten verursacht, die Ziele kaum oder nicht erreicht werden und viele Probleme entstehen, die nicht einkalkuliert wurden. Der Blick über die Grenze ist notwendig (Folie 1).

Fazit: 2016 zahlte jeder deutsche Haushalt im Monat allein für die EEG-Umlage fast 50 Euro!

2. Was heisst das für die Schweiz?

Wir haben analog zu Deutschland die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) eingeführt. Heute bezahlen wir dafür 1,5 Rp./ kWh. Tritt das Energiegesetz in Kraft (ES 2050) werden es 2,3 Rappen sein. Die jetzt zur Diskussion stehende Vorlage erreicht aber höchstens die Hälfte der überaus ambitionierten Zielsetzungen. Weitere finanzielle Belastungen werden folgen. Zudem werden in der ES 2050 die enormen Kosten des unerlässlichen Ausbaus der Stromspeicherung und des Netzes sowie dessen Regelung ausgeblendet. Das alles wird aber durch den massiven Ausbau der Stromerzeugung aus neuen erneuerbaren Energien notwendig.

Unser heutiges Netz ist auf ein System von Grosskraftwerken – Wasser- und Kernkraft – ausgelegt. Diese speisen auf der Höchstspannungsebene ein und werden auf der Mittelspannungsebene ergänzt durch kleinere Kraftwerke. Das würde sich nach der Energiewende radikal ändern. Die Versorgung wird nicht mehr von oben nach unten gewährleistet, sondern weitgehend von unten nach oben. Dafür fehlt aber die Kapazität auf der Niederspannungsebene, in die tausende von kleinen Anlagen erneuerbarer Energien (zeitweise) einspeisen. Dazu müssten neue Transformatoren gebaut werden.

3. Das Nadelöhr jeder Energiewende ist das Stromnetz

Das Nadelöhr jeder Energiewende ist das ausländische und inländische Stromnetz. Stromverbrauch und Stromproduktion müssen jederzeit im Gleichgewicht sein. Das ist beim Flatterstrom nicht der Fall. Deshalb müssen in den vielen Stunden, in denen Wind und Sonne nicht genug liefern, ständig warm zu haltende Kohlekraftwerke zur Verfügung stehen. Das trägt massgeblich zu Deutschlands hohen CO₂-Emissionen bei. Oder der Strom aus den Erneuerbaren muss abgeriegelt werden, wenn sie zu viel leisten.

Auch die Kosten für das Netzmanagement laufen in Deutschland aus dem Ruder (Folie 2).

Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses
Energiegesetz
NEIN**

+3'200 Fr.
Mehrkosten/Jahr
pro Familie

In Deutschland vertausendfachen sich seit der EEG-Förderung die Netzeingriffe und niemand weiss, wann der Eingriff einmal nicht genügen wird und es zum Blackout kommt. Wenn es zu einem relativ kurzfristigen Stromausfall kommt, mag das für private Haushalte zwar unangenehm, aber nicht existentiell sein. Für die Wirtschaft aber ist es eine Katastrophe. Zwei Drittel des Schweizer Stromes fliessen in die Wirtschaft. Eine mögliche Versorgungsunsicherheit ist deshalb für die Unternehmen ein düsteres Szenario, kann Standortentscheide beeinflussen und schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz.

4. Bandstrom kann nicht durch Flatterstrom ersetzt werden

Die deutsche Bundesnetzagentur muss immer wieder über Gesuche um Stilllegung von unrentablen Kraftwerken entscheiden – und lehnt sie ab. Warum? Wenn die Solarzellen und Windturbinen Strom liefern, müssen die konventionellen Kraftwerke zurückgefahren werden. Die Ertragsgrundlage bricht weg. Aber sie dürfen trotzdem nicht stillgelegt werden, weil sie für das Stromnetz systemrelevant sind. Sie müssen immer wieder für den ausfallenden Sonnen- und Windstrom einspringen, um die Stromversorgung sicherzustellen. Bandstrom kann eben nicht durch Flatterstrom ersetzt werden.

Die ELCOM (Eidg. Elektrizitätskommission) warnt deshalb auch in der Schweiz. Schon in den letzten zehn Wintern musste die Schweiz Strom importieren. Unsere Schweizer Kernkraftwerke produzieren im Winterhalbjahr ca. 14'000 GWh Strom, ohne die Importverträge aus französischen KKW (Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2015). Unsere Speicherseen speichern anfangs Winter grosszügig gerechnet ca. 9'000 GWh Strom. Wenn wir davon ausgehen, dass mit Sparen und Energieeffizienzstrategien zukünftig ca. 5'000 GWh von den fehlenden 14'000 GWh aus KKW ersetzt werden, müsste sich die Schweiz im Winter immer noch 9'000 GWh von irgendwoher beschaffen. Dabei ist zu beachten, dass in Europa spätestens ab 2025 eine Verknappung der Stromproduktion vorausgesagt wird.

5. Die Energiestrategie 2050 ist genau besehen eine Importstrategie

Je mehr Strom importiert werden muss, desto stärker wird die Abhängigkeit vom Ausland, desto geringer die Souveränität über die Stromversorgung und umso grösser die Wahrscheinlichkeit einer abnehmenden Stromversorgungssicherheit.

Wir sind heute im Energiebereich schon stark vom Ausland abhängig, importieren wir doch mehr als zwei Drittel unseres Energieverbrauchs aus dem Ausland, nämlich alle fossilen Energien. Im Strombereich sind wir weitgehend autark. Kernbrennstäbe können auf kleinem Raum sicher und für lange Zeit gelagert werden. Es muss deshalb vor allem darum gehen, die Abhängigkeit bei den fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Das kann in erster Linie durch Substitution geschehen, was aber den Strombedarf vergrößert (Folie 3).

Die Schweiz darf nicht dieselben Fehler wie Deutschland machen! Deshalb braucht es das Referendum und ein klares NEIN zum ruinösen Energiegesetz.

Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses
Energiegesetz
NEIN**

+3'200 Fr.
Mehrkosten/Jahr
pro Familie

6. Ein Nein zur Energiestrategie öffnet den Weg für eine bessere Vorlage.

Der Vorwurf stimmt nicht, dass nichts geschehen soll (Folie 4).

Gedanken zur neuen Vorlage aus meiner Sicht:

Sie darf kein Technologieverbot enthalten.

Die Versorgungssicherheit muss sicher gestellt bleiben.

Die Reduktions- Zielvorgaben müssen realistisch und wirtschaftsverträglich umsetzbar sein.

Die gleichzeitige Verbrauchsreduktion von Strom und fossilen Energien ist unrealistisch.

Die Reduktion der Fossilen vor allem durch Substitution braucht Strom.

Die Auslandabhängigkeit darf nicht verstärkt werden.

Fördersubventionen nur als Anschubhilfen, nicht als Langzeit-Vollkostensubventionen.